KARL KÜHNE

Linksliberale Wirtschaftspolitik

Mendes-France zur Stabilisierung der Konjunktur

Die Allianz zwischen Sozialisten und Radikalen in Frankreich hat das Augenmerk der Weltöffentlichkeit erneut auf den Mann gelenkt, der den tragischen Aderlaß von Indochina in friedlicher Lösung zu beenden wußte. Dieser Mann hat jedoch weit über den politischen Rahmen hinaus Bedeutung. Nicht, daß er Undank erntete für seine Bemühungen, auch Nordafrika zu befrieden, nicht, daß er zum Testamentsvollstrecker der gescheiterten Europaarmee in der „neuen" Konzeption der alten, westeuropäisch aufgewärmten Nationalarmeen wurde und damit unverdiente Haßgesänge von Europäern wie Kommunisten erntete — nein, seine wirtschaftspolitische Konzeption ist es, die *Mendes-France* äußerst interessant erscheinen läßt. Man ist versucht zu sagen: Die Orthodoxie unseres Wirtschaftswunders, die das Klappern des keynesianischen Gespenstes im Wandschrank wegen der damit verbundenen unangenehmen Erinnerungen gern überhören möchte, tut gut daran, von der Unvoreingenommenheit und kritischen Betrachtung unserer Gesellschaftsstruktur, wie dieser Mann sie an den Tag legt, etwas zu lernen. Zweifellos gehört Mendès-France zu den „bürgerlichen" Ökonomen, die einen großen Teil jener Gedankengänge positiv würdigen, an die sich auch das moderne Gewerkschaftsdenken anlehnt und anlehnen muß, wenn es Schritt halten will mit den Anforderungen unserer Zeit.

Diese Tatbestände kommen in dem nicht allzu umfangreichen, aber mit gallischer Präzision geschriebenen Werk zur Geltung, das *Mendès-France* zusammen mit dem bekannten französischen Ökonomen *Gabriel Ardant* verfaßt und das die UNESCO in ihrer Reihe „Wissenschaft und Gesellschaft" herausgebracht hat[1]). Die beiden Autoren zeigen die ungeheure praktische Bedeutung dessen auf, was man gern etwas über die Schulter als „Theorie" zu bezeichnen pflegt.

Das ist die Kernthese dieses Buches: Weil die nationalökonomische Theorie der zwanziger Jahre die Heilmittel nicht richtig erkannte — oder vielmehr: weil die durchaus vorhandenen Ansatzpunkte nicht richtig ausgewertet und ausgebaut wurden —, kam es zum großen Wirtschaftszusammenbruch der dreißiger Jahre. Dieser aber bescherte uns Diktaturen, imperialistischen Wettlauf und Weltkrieg. Heute gilt es, die sehr viel stärker ausgebauten Erkenntnisse noch zu erweitern und anzuwenden, damit uns eine zweite Katastrophe dieses Ausmaßes erspart bleibt.

In der Alltagsdebatte unserer Tage steht — soweit überhaupt von einem wirtschaftspolitischen Ordnungswillen die Rede ist, der über kurzsichtige Augenblicksentscheidungen hinausgeht — die Frage nach der Verwendung der Produktivkräfte und nach der Bevorzugung dieser oder jener Bedarfsanforderungen im Vordergrund. Die Frage nach dem Gleichgewicht scheint wieder einmal gelöst — in nahezu jeder Hochkonjunktur der ferneren und näheren Vergangenheit pflegte man an den Fetisch der „ewigen Prosperität" zu glauben. Früher entsprang diese Gläubigkeit einem naturburschenhaft-unbekümmerten Zweckoptimismus. Heute ist die Situation etwas komplizierter: Zwar hat sich wieder mehr und mehr der harmoniegläubige Liberalismus in den Vordergrund geschoben, und von Beschäftigungspolitik sowie staatlicher Initiative will man nicht übermäßig viel wissen. Kurioserweise stützt sich aber eben dieser Spätliberalismus (zuweilen unbewußt) auf die Annahme, eben dieser Staat habe ja doch schließlich angesichts der modernen Erkenntnisse genügend Mittel zur Hand, um einzugreifen, wenn es wirklich einmal schiefginge. .. Was das für Mittel sind, darum kümmert man sich meist recht wenig. Sonst würde man merken, daß man zwar die Grundprinzipien des Keynesianismus z. B.,

1) Pierre Mendès-France und Gabriel Ardant, La Science Economique et l'Action (Ökonomische Wissenschaft und Aktion), Verlag Julliard — Serie Science et Société der UNESCO, Paris.

weil sie einer zuwenig optimistischen Grundhaltung entsprechen, längst für suspekt erklärt und in die Hörsäle verbannt hat, andererseits aber seine Hoffnungen für die Zukunft eben auf jenes Arsenal wirtschaftspolitischer Methoden stützt, das Keynes entwickelt hat. Aber wenn man den Staat zum Krisenwächter ernennt, dann darf man sich nicht wundern, wenn er im Dienste einschläft.

Mendès-France verfällt dieser Bewußtseinsspaltung moderner bürgerlicher Regenerationsbewegungen keineswegs. An den gescheiterten Krisenbekämpfungsexperimenten der Vergangenheit demonstriert er, wie man es nicht machen soll.

Die Tragik der „orthodoxen" Konjunkturpolitik

Vier Beispiele gibt Mendès-France für die Fehlschläge der „orthodoxen" Konjunkturpolitik, die nur aus der Begrenztheit der „klassischen" Perspektiven zu erklären sind. Da ist zunächst die Pfundaufwertung in Großbritannien nach dem ersten Weltkrieg. Der Gedanke der Wiederherstellung der freien Konvertibilität des Pfundes schien sich mit zwangsläufiger Logik aus der klassischen Freihandelslehre zu ergeben. Man war überzeugt, daß die erforderliche Baisse der Preise und Löhne durchzusetzen und daß diese Anpassung möglich war, ohne daß es zu chronischer Arbeitslosigkeit zu kommen brauchte. Beides erwies sich als Irrtum. Man hatte die strukturellen Starrheitsfaktoren unterschätzt — das wird heute auch von der „orthodoxen" Lehre zugegeben. Daß man aber in die permanente Stagnation und Massenarbeitslosigkeit hineinglitt, das führt Mendès-France vor allem auf den mehr oder weniger blinden Glauben an das *Saysche Theorem* zurück, denn „ohne diese Überzeugung von der natürlichen Harmonie des Wirtschaftslebens hätte die englische Politik zweifellos anders ausgesehen".

Gegenüber den „orthodoxen" und neoliberalen Theoretikern, die der Starrheit der Löhne alles in die Schuhe schieben möchten, hat er ein schlagendes Argument: „Nehmen wir an, die Arbeiter hätten noch schärfere Lohnsenkungen akzeptiert. Das hätte normalerweise seinen Niederschlag in noch stärkerer Schrumpfung des Binnenmarktes, somit in noch betonteren Preisrückgängen finden müssen. Diese Aussicht auf weitere Preisrückgänge hätte die Unternehmer... auch weiterhin zur Vertagung ihrer Investitionspläne veranlassen müssen. Was nützt es, wenn man einen Arbeiter anstellt, bloß weil der Lohn um 10 vH gesunken ist, wenn man doch damit rechnen muß, daß die produzierte Ware um 10 vH im Preise fällt?" Wir sehen, wie nahe Mendès-France modernen gewerkschaftlichen Konzeptionen kommt, die in der forcierten Lohndeflation das Wegschlagen des wichtigsten Stabilisierungsfaktors sehen.

Im übrigen wurden die Anhänger der Deflationstechnik in den tragischen Katastrophen der Depressionspolitik, wie sie sich nacheinander in den Ländern des Goldblocks, im Deutschland Brünings und im Frankreich Lavals abspielten, ad absurdum geführt. Im erstgenannten Falle — wie in dem Englands — stand allerdings im Hintergrund ein Gedanke, der nicht unbedingt der Feder der Klassiker entsprungen war, sondern dem nackten Gläubigerinteresse: Mit der Hochhaltung der Parität, mit der zähen Deflation wollte man im Grunde den Gläubigern ihre verbrieften Rechte auch dem Realwert nach erhalten. Der Gouverneur der Bank von Frankreich hat das in seiner Erklärung vom 28. Januar 1928 klar ausgesprochen: „Wir betrachten die Konvertibilität in Gold nicht wie ein überaltertes Servitut, sondern... als die einzige wirksame Garantie für die Sicherheit der Verträge und die Moralität der Geschäftstransaktionen . . ." Dieser Moralität brachte man nicht nur ungezählte schwache Schuldner zum Opfer, die unter der realiter stets wachsenden Last zusammenbrachen, sondern Hekatomben von Arbeitern, die Beschäftigung und Hoffnung verloren. So erlebten denn die Länder des Goldblocks (Frankreich, Belgien, Holland, Polen, die Tschechei, auch Italien) die Tiefpunkte ihrer Produktion zu einem Zeitpunkt, als die Welt die Krise bereits überwand; die Höhepunkte der Arbeitslosigkeit fielen für diese Länder in die Jahre 1933 bis 1935.

Das letztere Jahr wurde besonders schicksalhaft für Frankreich, wo *Laval* nochmals mit einer überspitzten Deflationspolitik die Baisse-Erwartungen sich überstürzen ließ — ein Fehlschlag, der „nur für jene unverständlich bleibt, die sich nicht vom Räsonnement der klassischen Theorie freimachen konnten". Vorher schon hatte die „Politik der Restriktion der Nachfrage", wie sie von dem persönlich höchst honorigen *Brüning* zum Exzeß geführt wurde, in Deutschland der Diktatur den Weg geebnet.

Das Primat der modernen Beschäftigungstheorie

Nun stellt Mendès-France eine bedeutsame, zweifellos wohlbegründete These auf: Daß nämlich all jene Experimente auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung, der Wiederbelebung der staatlichen Initiative zum Herauskommen aus der Krise, wie sie seit 1932 in den verschiedensten Ländern anliefen, entscheidend inspiriert worden sind von der jungen, damals nur von wenigen „Häretikern" verfochtenen Vollbeschäftigungstheorie. Wenn diese ihre verfeinerte theoretische Gesamtdarstellung auch erst in *Keynes* „General Theory" von 1936 finden sollte, so hatte doch ebendieser Autor mit seiner „krächzenden Kassandrastimme" — wie er sie selbst bezeichnet hat — schon seit 1923 gegen die Politik der Deflation und Restriktion Sturm gelaufen. Mendès-France betont mit Recht, daß Grundzüge und Parallelen der neuen Konzeption nicht nur zu *Wicksell* und F*isher,* sondern bis zu *Marx* zurückreichen.

Die Paradoxie des Schicksals wollte es, daß diese aus echter liberaler und marxistischer Tradition erwachsenen Erkenntnisse ihre Anwendung nicht nur im orthodoxen England (im Abwertungstrick seit 1931), in der amerikanischen Hochburg des KapitaIismus und im sozialistischen Schweden fanden, sondern auch im faschistischen Regime Deutschlands, das klug genug war, den keynesianisch inspirierten *Schacht* vor seinen Wagen zu spannen. Wohl ließen sich alle — *Roosevelt* und *Baldw'm* genau wie *Schacht* — in gewissem Sinne auch von der aufsteigenden Welle der Weltkonjunktur tragen, nachdem einmal der Tiefpunkt der Desinvestition 1932 bereits überschritten war; wohl spielten besondere Faktoren, wie die britische und schwedische Abwertung (auf Kosten der anderen!) und die noch von Brüning erzwungene Einstellung der Reparationen eine Rolle. Entscheidend aber war nicht zuletzt der geistige Einfluß der Gruppe junger nationalökonomischer Ketzer, an deren Spitze Keynes stand.

Worin bestand nun der spezielle Beitrag dieser Gruppe, und welche Bedeutung hat er für unsere heutigen wirtschaftspolitischen Perspektiven?

Mendès-France und Ardant skizzieren die wesentlichen Gedankengänge Keynes' und der ganzen Gruppe — in unvermeidlicher Simplifizierung — etwa wie folgt: Zunächst wird das Sparen vom klassischen Tugendthron gestoßen. Es kann zur Untugend werden, wenn keine Garantie dafür besteht, daß gesparte — also nicht ausgegebene — Kaufkraft für Investitionen Verwendung findet. Da die Entscheidungen darüber, ob gespart und investiert werden soll, nicht von denselben Individuen gefällt werden, besteht die Gefahr des „Aufeislegens", des Hortens von Kaufkraft — und je mehr Einkommen den oberen Einkommensschichten zufließt, desto größer wird diese Gefahr. Das klingt für die Ohren unserer Steuersenkungsbeflissenen natürlich keineswegs besonders lieblich.

Hatte man im Anschluß an die Klassiker vielfach geglaubt, ein Nachlassen der Investitionen könne sich nur dann ergeben, wenn eben die Spartätigkeit nicht ausreiche, so war man sich doch schon früh darüber klargeworden, daß jedenfalls — bei allem Gerede vom „Zins als Lohn der Abstinenz" — eine Zinssteigerung (etwa auf dem Umweg über eine Diskonterhöhung) auf keinen Fall eine investitionsbelebende Wirkung haben könne. Keynes verwies nun den Zins in die Relation Geldmenge/Hortungstrieb und schuf mit dieser Trennung vom Investitionsbereich erst ein echtes Gegenstück zum (erwarteten) Profit.

Eben hieraus aber ergaben sich nun die ganz andersartigen wirtschaftspolitischen Konsequenzen. Wenn die Klassiker in der Diskonterhöhung der Zentralbanken den entscheidenden Ansatzpunkt für eine Verhinderung von Konjunkturübersteigerungen wie auch gleichzeitig für eine Belebung „gesunder“ Kapitalbildungstendenzen gesehen hatten, so deshalb, weil sie daran glaubten, daß einerseits die „richtigen“ Investitionen hohe Zinsbelastungen tragen könnten; ihnen würde es nicht schaden, wenn man den Diskontbrotkorb höher hängte. Damit wollte man sozusagen die Spreu vom Weizen scheiden. Und andererseits spukte der Gedanke mit, daß man gleichzeitig auch (über das „Sparen“) mit höherem Zins die „Kapitalbildung“ anregen könne, womit dann der Schaden behoben wäre: An die Stelle der „unrichtigen“ Investitionen, denen man die Luft abgedreht hat, treten jetzt gewissermaßen die „richtigen“, aus der Ersparnis finanzierten. Das etwa ist der Weisheit letzter Schluß der „klassischen“ Notenbankpolitik, wie sie Mendès-France skizziert, und man fragt sich, ob diese Skizze nicht gerade angesichts der heutigen deutschen Situation wieder sehr aktuell wird.

Instrumente moderner Beschäftigungspolitik

Dem stellt Mendès-France die monetäre Zinsanalyse des Keynesianismus gegenüber: Zwischen Sparen und Zins besteht höchstens ein indirekter Zusammenhang — Sparen bedeutet Verbrauchsausfall, tendiert also zur Preissenkung und damit zur Senkung des Geldbedarfs für Transaktionen. Die freiwerdende Geldquantität kann zinssenkend wirken. Aber die Diskonterhöhung führt nur in geringstem Maße zur Sparanregung, vor allem läuft sie Gefahr, eine zu starke Dosis Medizin zu liefern, die wie Gift wirkt: Kettenreaktionen werden ausgelöst. Bekanntlich trifft die generelle Kreditverteuerung nicht selten gerade die Falschen und läßt die Sünder, die sich auf die Selbstfinanzierung stützen, ungeschoren. In jedem Falle löst die Drosselung einer schon übersteigerten Entwicklung, die Disproportionalitäten geschaffen hat, zwar eine „Bereinigung“ aus — aber das Wort kann mit Krise und Massenarbeitslosigkeit identisch sein.

Mendès-France dagegen empfiehlt die keynesianische Medizin: Er beginnt mit langfristigen Maßnahmen, die der Ungleichheit der Einkommensverhältnisse — dieser Quelle der Hortungsgefahren — entgegenwirken sollen. Er geht so weit, von einer Agrarreform, dekretierter Schuldensenkung sowie von der „Progressivbesteuerung zur Sicherung des wirtschaftlichen Gleichgewichts“ und zur Stärkung der Verbrauchstendenzen zu sprechen.

Er verkennt nicht, daß übersteigerte Progressivsteuern den privaten Investitionswillen entmutigen können. Viel gefährlicher aber ist nach seiner Auffassung jeder Schatten einer Deflationspolitik; denn jeder stärkere Preisrückgang könnte als Ankündigung weiterer Baisse-Tendenzen ausgelegt und zur Ursache einer „Flucht aus der Investition“ werden. Aus dem gleichen Grunde warnt Mendès-France vor jeder Lohnsenkungstendenz, spricht dagegen von der Lohnerhöhung als konjunkturstützendem Faktor.

Als wichtigeres Mittel zur Anregung der privaten Investitionen dient ihm die Offenmarktpolitik in Form der Geldinjektion, die Politik des billigen Geldes, die nicht zu inflatorischen Entwicklungen führen soll, wohl aber mit einem „leichten Ansteigen des Preisniveaus“ vereinbar sei. Er ist durchaus bereit, die Konvertibilität der Währung unter Umständen dieser Politik des billigen Geldes zu opfern. Als Voraussetzung für diese Politik erscheint ihm logisch „eine gewisse Aktion des Staates gegenüber den Banken, und zwar nicht nur der Zentralbank, sondern auch den Depotbanken“ — diese letzteren können im Interesse stärkerer Schwankungen der Buchgeldsummen sogar „Eingriffen in die Geschäftsführung“ und drastischeren Kontrollmaßnahmen unterworfen werden.

Die Wiederentdeckung und die Grenzen des Marktmechanismus

Hier erhebt sich nun die Frage, die auch für den modernen Sozialismus und seine Abgrenzung von wirtschaftstotalitären Ansprüchen entscheidend ist: Welche Aufgaben verbleiben den Kräften des Wettbewerbs innerhalb einer solchen staatlichen Investitionslenkung?

Mendès-France ist weit davon entfernt, etwa an eine Götterdämmerung des Wettbewerbsgedankens zu glauben. Im Gegenteil, er möchte diesen Gedanken erst wieder auf den Schild heben, spricht er doch von der „Wiederentdeckung der natürlichen Mechanismen". Solange man blind an die Allgegenwart der Wettbewerbskraft glaubte, konnte man ihre tatsächliche Wirkung überhaupt nicht abschätzen. Erst seitdem die Unvollkommenheiten des Wettbewerbs analysiert und durchleuchtet worden sind, kann man beurteilen, welche Wirkungsmöglichkeiten für die Konkurrenz übrigbleiben — und wie man ihnen nachhelfen kann.

Mendès-France betont, daß viele Loblieder der Vergangenheit auf die „Ordnungskraft" der Kartelle und Monopole heute für die Wissenschaft als überholt gelten müssen. Insbesondere vom Vollbeschäftigungsgedanken her erscheint die Tendenz zur Unterausnutzung der Produktivkräfte, wie sie sich in einer stark monopolisierten Wirtschaft ergeben muß, als unerträglich. Diese Tendenz kann sich nicht nur in Form der „offiziellen" Kartellierung und Vertrustung zeigen; sie wird ebenso augenfällig im Bereich gewisser Spielarten der komplizierten Oligopolzusammenhänge. Auch das Problem der Markenartikel und vertikalen Preisbindungen mit ihren kostensteigernden Werbungsausgaben gehört hierher. „Die Analyse der Phänomene des Monopols und der unvollkommenen Konkurrenz" liefert, wie Mendès-France und Ardant folgern, „einige der besten Argumente sowohl für eine Antitrustgesetzgebung als auch für eine Politik der Nationalisierung bzw. der staatlichen Kontrolle über weite Sektoren der Wirtschaft".

Diese Verknüpfung zwischen einer Wiederbelebung dessen, was vom Wettbewerb lebensfähig erscheint, und einer Sozialisierung in anderen Bereichen bietet einen neuen Beweis für die Analogien zwischen der linksliberalen Konzeption von Mendès-France und dem modernen Sozialismus. Dieser wie auch sein Mitarbeiter Ardant sehen durchaus die Lücken und Mängel des Wettbewerbsprinzips. Verschwendung der Produktionsanlagen in Doppel- und Mehrgleisigkeit, Überkapazitäten und Stillegungen, Überspitzung des Gewinndenkens unter Vernachlässigung der Grundbedürfnisse des Konsumenten und der schöpferischen Arbeitsenergien, Übersteigerung irrationaler Triebkräfte in der Reklame, deren Kosten vom Verbraucher mitgeschleppt werden, Belastung der Allgemeinheit mit den „sozialen Kosten", die innerhalb der Profitwirtschaft nicht getragen werden, endlich tiefinnere Unstabilität des Wirtschaftszyklus, der in der erzwungenen Untätigkeit der Depressionen die furchtbarste Verschwendung der Produktivkräfte, die Not inmitten des Überflusses, auslöst — das sind einige der vielen dunklen Blumen aus dem Bukett der Mängel dieser Art.

So folgert Mendès-France, daß „die Konkurrenz in der Tat eine gewisse Verschwendung mit sich bringt, die … besondere Bedeutung erhält, wenn die Produktivkräfte an Grenzen stoßen". Damit ist das Problem der inflationären Erscheinungen angesprochen. Dann aber fällt das Wort von der Planung: „Insbesondere im Bereich der Investitionen löst der natürliche Mechanismus Risiken der Unvollkommenheit und sogar für die Allgemeinheit schädliche Konkurrenzen aus . . . hier behält der Begriff der Planung seine solideste Basis . . ."

Stößt die Wirtschaft an die Vollbeschäftigungsgrenze und hält der monetäre Prozeß der Einkommensaufblähung an, so ergeben sich zwei Fragen: Wie kann man eine inflationäre Entwicklung bremsen? Wie kann man für die „richtige" Verwendung der knappen Produktivkräfte Sorge tragen? Mit anderen Worten: Wie kann man Investitionsfehlleitungen verhindern?

Inflationsproblem und Investitionslenkung

Für die Hochkonjunktur der Gegenwart erscheinen beide Fragestellungen äußerst aktuell. Bedeutsam ist, daß Mendès-France der weitverbreiteten Auffassung entgegentritt, wonach Keynes lediglich ausgesprochener Depressionstheoretiker gewesen sei. Im Gegenteil: Aus der keynesianischen Analyse lassen sich entscheidende Schlußfolgerungen im Hinblick auf die Bekämpfung inflationärer Erscheinungen ziehen.

Da ist zunächst der antizyklische Budgetausgleich, der Budgetüberschüsse in der Hochkonjunktur vorsieht. Der Zusammenhang zwischen diesen Gedanken und der Juliusturm-Debatte in Deutschland ist augenfällig — wobei man allerdings hinzufügen muß, daß unser Finanzminister bisher das Richtige aus falschen Motiven heraus getan haben dürfte ... Mendès-France verweist auch auf die spekulativen Gefahren, die mit jeder Staatsausgabe verknüpft sein können. Er spielt auf Maßnahmen der Gewinnbeschränkung und -abschöpfung, der Preiskontrolle, der monetären Politik speziell in der Form der selektiven Kreditrationierung an und betont, daß das keynesianische Schlagwort vom „billigen Gelde", das auf lange Sicht der Bekämpfung struktureller Arbeitslosigkeit dienen solle, durchaus keinen Verzicht auf eine Kreditrestriktion unter Vollbeschäftigungsbedingungen bedeutet.

Der Schwerpunkt liegt für Mendès-France in der Koordinierung aller antiinflationärer Maßnahmen. Und damit ergibt sich auch die Antwort auf unsere zweite Frage: Schon im Prinzip liegt in der Marktwirtschaft die Gefahr, daß „die für die Gesamtheit nützlichsten Investitionen eben nicht die rentabelsten für die Unternehmen sind" oder diesen jedenfalls nicht so rentabel erscheinen, wie sie tatsächlich sein könnten. Schon hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer staatlichen Intervention im Bereich der Investitionen — nicht nur zur Deckung der Kollektivbedürfnisse, sondern auch zur Förderung des Wirtschaftlichkeitsgedankens in der Gesamtsicht.

Zum anderen nimmt jedoch Mendès-France den Einwurf von *Mises* und seiner Gefolgsleute sehr ernst, wonach eben auch übergeordnete Fehlentscheidungen möglich seien. Mendès-France sucht die Lösung der Frage, wie man feststellen soll, welche Investition die nützlichste ist, in einer Einschaltung „überlegter Mechanismen" — in der Einführung von Wettbewerbselementen, einer echten Vermögensrechnung und einer „rationalen Tarifgestaltung" im öffentlichen Sektor. Andererseits soll gerade dieser einer stärkeren Koordinierung unterliegen, um die Maßnahmen der Lenkung und Vorausschau zu stützen.

Der Bewältigung der „ökonomischen Voraussicht" insbesondere mit den Hilfsmitteln der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der Input-Output-Rechnung *Leontiefs* usw. gilt das besondere Augenmerk von Mendès-France und Ardent: Denn hier liegt der Angelpunkt für die Lösung ihres zentralen Problems — Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung unter Vollausnutzung aller Produktivkräfte.

Man wird die Gedanken von Mendès-France über die Gestaltung der Wirtschaftspolitik erst voll würdigen können, wenn diesem Grundproblem Rechnung getragen wird: Will man die Einschaltung ordnender Kräfte auf Grund der Erkenntnisse der Wissenschaft — oder will man die Dinge treiben lassen? In diesem Zusammenhang wird seine Frage bedeutsam: „Werden die ökonomisch herrschenden Klassen die eventuelle Beschränkung ihrer Profite in Kauf nehmen", die mit jeder entscheidenden Wandlung in struktureller Hinsicht verknüpft sein muß? Eines geht deutlich aus der Behandlung aller angeschnittenen Problemkomplexe hervor: Hier steht ein „bürgerlicher" Linksliberaler, der sehr viel dazugelernt hat — und der in manchem selbst an sozialistische Gedankengänge heran-, wenn nicht darüber hinausreicht. Manchen fortschrittlichen Liberalen — und auch Sozialisten — unserer Zeit sei es gesagt: Tua res agitur . . .